

Umstrittene Linie

Por admin · 05/08/2014

Wie sich Landgemeinden in Brasilien gegen die Ausbedeutung ihrer Region wehren

[Susanne Schultz](#), *Journal Rosalux*

vale

Mai 2014, im Bundesstaat Maranhão im Nordosten Brasiliens: Dreieinhalb Stunden ist die Bundesstraße BR 135 blockiert, über die normalerweise ununterbrochen Kolonnen von Lkw, Bussen und Autos rollen.

VertreterInnen der anwohnenden afrobrasilianischen Landgemeinden haben sie dicht gemacht - aus ihrer Sicht das einzige Mittel, um wieder einmal auf den Kampf um Landrechte aufmerksam zu machen. Die Quilombo-Gemeinden, wie sie ganz offiziell in Rekurs auf die Widerstandsrepubliken der brasilianischen SklavInnen heißen, protestierten damit sowohl gegen den Bergbaumulti Vale als auch gegen die Behörden. Denn der Staat verschleppt schon zehn Jahre lang die Anerkennung der Landtitel dieser Gemeinden aus dem Landkreis von Itapecuru, die den Quilombos nach der Verfassung und einem Dekret von 2003 zustehen. Als der bürokratische Prozess endlich zum Abschluss kommen sollte, torpedierte Vale das Verfahren erneut und versuchte, die Uhr wieder auf Null zu drehen.

Auch wenn dies dem Konzern nicht gelang, erreichte er dennoch mit einer Politik der juristischen Drohungen und mit Geschenken, dass sich alles erneut verzögerte. Zum Hintergrund: Vale, ein ehemaliger Staatskonzern und inzwischen seit der Privatisierung 1997 zum drittgrößten Bergbaumulti weltweit aufgestiegen, braucht die Landrechte von über hundert indigener oder afrobrasilianischer Gemeinden, um neue Gleise legen zu können und damit die konzerneigene 900 Kilometer lange Eisenbahntrasse von den Eisenerzminen im amazonischen Carajás bis zum ebenfalls konzerneigenen Hafen in São Luis auszubauen. Ziel ist die Ausbeutung einer riesigen neuen Mine im Nationalpark von Carajás, womit in den nächsten Jahren gestartet werden soll. Die Produktion von Carajás wird damit von auf weit über 200 Millionen Tonnen Eisenerz pro Jahr mehr als verdoppelt werden – Eisenerz, das auch für die deutsche Stahl- und Automobilindustrie zentral ist. Schließlich bezieht Deutschland mehr als 50 Prozent des hierzulande verarbeiteten Eisenerzes aus Brasilien.

Vale ist ein übermächtiger Konzern, der von den Behörden aktiv unterstützt wird. Er lenkt die Geschicke der Region bereits seit 30 Jahren. Damals proklamierte die Militärdiktatur unter Präsident Figueiredo das Programm «Grande Carajás», das große Erschließungs- und Entwicklungsprogramm im Maranhão und dem angrenzenden amazonischen Bundesstaat Pará. Mit etwa 900.000 Quadratkilometern umfasste das gigantische Programm zur räumlichen und ökonomischen Restrukturierung eine Fläche, die mehr als zweieinhalb so groß ist wie Deutschland. Straßen, Häfen, die Eisenbahnlinie sowie der gigantische Staudamm Tucuruí wurden gebaut, Eisenerz- und Bauxitminen errichtet und Aluminiumindustrie und Eisenhütten angesiedelt. Versprochen wurden Modernisierung, Industrialisierung und Entwicklung. Heute ist der ursprüngliche

Regenwald der Region weitgehend verschwunden.

Er fiel den Holzfirmen und ganz wesentlich den Kohlemeilern zum Opfer, in denen unter miserablen Arbeitsbedingungen Holzkohle für die Eisenverhüttung produziert wird. Im Gefolge von Straßen- und Eisenbahnbau rückte auch die moderne Agroindustrie mit Soja- und Eukalyptusplantagen in immer weitere Gebiete vor.

Aber «Entwicklung» ist nicht in Sicht, zumindest nicht so wie damals versprochen. Heute zählt der Bundesstaat Maranhão zu den ärmsten Brasiliens – und viele ArbeiterInnen auf den Baustellen, den Kohlemeilern und Hütten, den Goldwaschanlagen und Plantagen in Ostamazonien sind MigrantInnen aus diesem Bundesstaat.

Die Präsenz der Bauarbeiterkolonne, mehr mögliche Unfälle wegen fehlender Bahnübergänge, unterbrochene Bachläufe und weniger Fischfang – gegen diese Beeinträchtigungen und Schäden durch den Bahnausbau demonstrieren die Quilombo-BewohnerInnen.

Zugleich sind es die Geschichte der Ungleichheit und die Arroganz der Macht von Vale und der Behörden, die sie auf die Straße treibt. «Wieder einmal herrschen eine Politik der Almosen, Günstlingswirtschaft und Behördenwillkür», prangert Sislene Costa von der Nichtregierungsorganisation [Justiça nos Trilhos](#) (Gerechtigkeit auf Schienen) an. Sie unterstützt die Gemeinden von Itapecuru seit Jahren in ihrem Kampf. Das Grundrecht auf Land dagegen werde von Vale und dem Staat ignoriert, sei aber die Grundlage für alle anderen Rechte der Landbevölkerung. Um die lokalen Kämpfe ging es auch bei einem Kongress zu den Folgen von 30 Jahren «Grande Carajás»- Programm. Unterstützt von der Rosa-

Luxemburg-Stiftung, trafen sich Anfang Mai knapp tausend TeilnehmerInnen auf dem Universitätscampus von São Luis, der Hauptstadt von Maranhão. – Sie demonstrierten auch vor dem Palast der Gouverneurin und vor dem Büro der Vale. Vertreten waren neben kritischen ProfessorInnen und Studierenden ein breites Netzwerk von Organisationen: die Quilombos und VertreterInnen weiterer 13 indigener Völker, RepräsentantInnen der Landlosenbewegung, die Landpastoralen (CPT) und der Indigenenrat CIMI sowie Menschenrechts- und Umweltorganisationen.

Auch Protestbewegungen gegen Bergbauprojekte des Multis Vale aus anderen Ländern wie Kanada und Mocambique diskutierten über Vernetzungsstrategien. Die fragmentierten Kämpfe gegen den Extraktivismus in der Region wurden so sichtbar: etwa der Protest der Siedlung Piquiá de Baixo aus Açailandia, einer Stadt an der Bahnlinie, in der sich gleich mehrere Eisenhütten angesiedelt haben. Die EinwohnerInnen kämpfen seit Jahren wegen enormer Gesundheitsschäden für ihre Umsiedlung in ein unbelastetes Gebiet. Die Fischergemeinden aus der städtischen Region São Luis berichteten, dass sie erneut von der Umwandlung ihrer Dörfer in eine Industriezone bedroht sind – zehn Jahre nach einem erfolgreichen Kampf gegen einen großen Eisenhütten- und Stahlkomplex unter Beteiligung von Thyssen-Krupp an der Bucht von São Luis. Anacleta Belfort, eine Vertreterin der Quilombos, nannte ihren Redebeitrag schlicht: «Wir haben keine Angst vor Vale». Und «Não Vale!» war ein wichtiger Slogan des Kongresses. Übersetzt heißt das so viel wie: Es lohnt sich nicht, es ist nicht ok.

Susanne Schultz ist Politikwissenschaftlerin und war Lateinamerikareferentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Photo: Verena Glass

Journal «RosaLux»

Herausgeber/Innen: Rosa-Luxemburg-Stiftung

Erschienen: Juli 2014

Documento gerado automaticamente a partir de: <https://rosalux.org.br/umstrittene-linie/>